

Diese Zeitung erscheint
jeden Donnerstag.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,10 M.
Eingetragen in die
Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die dreigezahlte
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 338 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. H. S. Meyer & Co., beide in Hannover.
Druck von E. A. H. Meyer & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3.
Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Die Mordbestie rast!

Warum schafft Ihre Kommissare nicht Ordnung?

Die organisierte nationalsozialistische, mit Erlaubnis der Reichsregierung in Uniform herumspazierende Verbrecherbande schlägt nicht erst heute „Marxisten“ und die eigenen „Kameraden“ ab. Kriminalpolizei läßt Verbrecher laufen, Staatsanwälte beurlauben Verbrecher, die dann selbstverständlich verschwinden; ein Staatsanwalt macht mit einem Nazisträfling Autofahrten und Duzbrüderschaft.
Weshalb wurde eigentlich am 20. Juli 1932 die Preußenregierung mit Gewalt durch Reichsmehr beseitigt? War es nicht angeblich ihre Unzulänglichkeit gegenüber dem aufbauwilligen Gefindel? Weshalb hat Hindenburg auf Papens klugen Rat die Kommissare eingesetzt? Sollten sie nicht in Preußen Ordnung schaffen? Wo bleibt die Ordnung? Oder ist die Hauptaufgabe der Kommissare der Kampf gegen die Republikaner? Ist das Regierungskunst? Weshalb diese Eile mit dem „Umbau“? Habt ihr Angst, ihr Kommissare, daß auch dazu nicht mehr viel Zeit bleibt? Übrigens, was heißt Kommissare? Das heißt einfach Reichsregierung, das heißt Reichspräsident. Wenn die Reichsregierung bzw. Kommissare die Republikaner und wiederum in erster Linie die Sozialdemokraten rauschmeißen, so ist das die schwerste und fortgesetzte Provokation der Arbeiter und Angestellten, deren Vertreter gemafregelt werden. Das ist der Krieg der Regierung gegen die Arbeiterklasse.
Die Kommissare sind nicht die rechtmäßige Preußenregierung. Ihre Maßnahmen sind ungültig, entbehren jeder Rechtsgrundlage, verbürgen ihren Lieblingen keinen Anspruch auf Pensionen.
Wir stellen erneut die Frage: Weshalb würden andere deutsche Länderregierungen nicht vergewaltigt, weshalb nur Preußen? Gibt es in den anderen Ländern ohne sozialdemokratische Fählung nicht auch Pfaffen? Oder hatte man Sorge,

die Reichsmehr sei nicht stark genug? Oder sie sei nur zum Kriege gegen Preußen da?
Wer löst den Schandfleck in Preußen aus? Wenn die Reichsminister schon eingesehen haben, daß sie unter Papen falsch beraten waren, und haben deshalb die wunderbaren Papennotverordnungen jetzt unter Schleicher aufgehoben, weshalb, fragen wir, sorgen sie nicht dafür, daß der tolle Papenstreich auch aufgehoben wird? Ihr müßt ja doch, je früher, desto besser! Fort mit dem Schandfleck, fort mit dem dem Lande Preußen angehanenen Unrecht! Oder ist das Urteil des Staatsgerichtshofs gleich Null? Glaubt ihr nicht, daß der höchsten Stellen des Reichs in der Achtung vor dem höchsten Richterspruch nicht vorbildlich wirken? Gibt es in Deutschland jemanden, der den höchsten Gerichtshof ignorieren darf? Wer ist in Deutschland der böse Geist, der das Recht nicht Recht sein läßt und dadurch moral- und rechtszerstörend wirkt? Derjenige, der mahnt und warnt, oder derjenige, der im Unrecht verharrt und sich beleidigt fühlt, wenn man ihm die Wahrheit sagt, wenn man ihm das Denken der „unteren“ Volksschichten zu Gemüte führt? Jeder Tag länger des Unrechts läßt die wahren Ursachen des Unrechts klarer hervortreten. Und der Schuldige an diesem Zustand, der gehört vor den Staatsgerichtshof. Solange in Preußen das Recht nicht hergestellt ist, so lange muß jeder andere Bundesstaat mit der gleichen Vergewaltigung rechnen. Solange in Preußen das Recht nicht hergestellt ist, so lange ist Deutschland kein Rechtsstaat. Gewalt ist kein Recht. Recht ist der Ausfluß der Volkssouveränität. Ihr starken Männer seid nicht so stark wie ihr euch einbildet, denn wir leben nicht mehr im Mittelalter. Papen mußte gehen, und andere werden gehen müssen, wenn sie gegen das Volk regieren wollen.

Rückgang der faschistischen Gewerkschaften in Italien.

Ämtlichen italienischen Mitteilungen zufolge ist die Mitgliederzahl der faschistischen Gewerkschaften vom 1. Januar bis zum 1. Juli 1932 von 3 732 930 auf 2 413 866, also um 1 319 064, das sind 35,35 Prozent, zurückgegangen. Mehr als ein Drittel hat der Mussolinischen Organisation den Rücken gekehrt. Ja, selbst die faschistische Unternehmerorganisation geht aus dem Leim, obwohl der Faschismus wie auch der deutsche Nationalsozialismus im Interesse der Kapitalisten und gegen die Arbeiterschaft wirkt. Die Unternehmerorganisation ist in der gleichen Zeit von 1 163 472 auf 1 040 087 zurückgegangen, also um 123 385, das sind 10,60 Prozent.
Es ist erfreulich, daß die Arbeiterschaft aus der Organisation des dummen Kerls, der Verräterorganisation, aus der Gemeinschaft der Mörder, ausscheidet.

Eine Mutter gegen das nationalsozialistische Mordgefindel.

Die Mutter des ermordeten SA-Mannes Hentsch veröffentlicht folgende Todesanzeige:
„Herbert Moritz Julius Hentsch, geboren am 25. April 1906 zu Dresden, durch Mörderhand gestorben Anfang November 1932. Nachdem ich sieben Wochen große seelische Qualen der Ungewißheit über den Verlust meines lieben und einzigen Sohnes Herbert gehabt habe, erreicht mich die erschütternde Nachricht von dem bestialischen Mord.
Ein nicht auszudenkender grauenvoller Mord ist an meinem innigstgeliebten Sohn verübt worden. Mit kalter, roher Hand erschlagen, die Brust durchschossen, die Beine gebunden, der Körper in Säcke gehüllt, mit Steinen beschwert und dann von einer hohen Brücke in die Elbperle geworfen. So lag mein armer Sohn bald zwei Monate in den kalten Fluten! Ein grauenvollerer Tod, ein noch bestialischerer Mord läßt sich wohl kaum noch erdenken.
Und wer sind diese elenden Mörder? In den Reihen seiner eigenen Kameraden, seiner Parteigenossen, werden sie gesucht! Welch eine Roheit! Und wech eine gesunkene Menschheit hatte meinen Sohn in seiner jahrelangen Partearbeit bei der NSDAP. umgeben!
Ich bedauere unendlich, daß ich mein liebes Kind nicht gewarnt habe, in diesen Kreisen zu verkehren. Allen Mäthern möchte ich in meinem unaussprechlichen Schmerz zurufen: „Schützt eure Kinder vor derartigen Elementen!“
In großem Herzeleid
Frau Klara Bochmann, verw. gewesene Hentsch.“
Eine Abordnung, die die Dresdener NSDAP. zu der Mutter geschickt hatte, war von dieser nicht empfangen worden.
Wer gehört zur Nationalsozialistischen Partei? Fürsten und Prinzen und Offiziere und Industrielle, kurz, die „bessere Gesellschaft“.

Schnell zugreifen - und nachstoßen!

Wer schnell zu handeln versteht, ist im Leben immer erfolgreich gewesen. Auch in unserer gewerkschaftlichen Arbeit ist „Zugreifen“ das Gebot der Stunde. Schlechte Zeiten ändern man nicht dadurch, daß man über sie klagt und schimpft, oder daß man sich einbildet: Es muß doch mal wieder besser werden — legen wir die Hände so lange in den Schoß — bis es wieder besser wird. Weder durch „Reden“ noch durch den „Glauben“ allein wird an den Tatsachen etwas geändert. Wenn immer geklagt wird, daß die Verhältnisse zu schlecht sind, neue Mitglieder zu werben, so heißt das: Pessimismus ist Krampf! Es gibt nur ein einziges Rezept: Den Verhältnissen entsprechend zu handeln, und zwar schnell zu handeln. Im Zeichen des Angriffs kommt der Erfolg. Dann aber nachstoßen mit allen Kräften, nicht mehr locker lassen und immer wieder nachstoßen. Die Situation ausschöpfen, aber vermeiden, offensichtlich Unmögliches erreichen zu wollen. Wer schnell zu handeln versteht, hat auch in der Agitation Erfolg. Schnell handeln — und nachstoßen ist Grundbedingung. Neue Kraft, neue Arbeitslust wächst in jedem Agitator. Ohne Arbeit keine Erfolge. Daher: An die Agitationsarbeit! Nützt Zeit und Gelegenheiten, sie kehren vielleicht so günstig nicht wieder! Also schnell zugreifen — und nachstoßen ist die Parole! P. Herwig.

Erfolgreiche Werbearbeit.

Die Zahlstelle Ackerlande berichtet über 16 Aufnahmen im Dezember.
Die Zahlstelle Niesa berichtet über 28 Aufnahmen seit Oktober.
Die Zahlstelle Rudolfsdorf berichtet über 16 Neu- respektive Wiederaufnahmen im November.

Hungermarsch von Heilbronn nach Hannover.

Unter dieser Überschrift erschien in der bürgerlichen Presse am 4. Januar die Meldung, daß 60 ausgesperrte Arbeiter der Glashütte Heilbronn einen Hungermarsch nach Hannover angetreten haben, um vor dem Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands — der die Zahlung der Unterstützungen eingestellt hat — zu demonstrieren.
Es war sofort klar, daß für ein solches Unternehmen kein vernünftiger Mensch, sondern nur die KPD. in Frage kommen konnte. Diese Vermutung hat sich auch bestätigt. Weil die KPD. mit moralisch einwandfreien Mitteln Agitation nicht betreiben kann, greift sie zu unmoralischen, betrügerischen, ja selbst zu verbrecherischen Mitteln. Bekanntheit stehen die Gewerkschaften jetzt vor den Betriebsräte-, Ortsverwaltungs- und sonstigen Funktionärwahlen, und weil die KPD. Weltrevolution machen will, ist sie bestrebt, diese Funktionärposten mit ihren Geisteskräften zu besetzen, und wenn die Arbeiterschaft dabei zugrunde geht. Ein Agitationsmittel hierzu sollte auch der Hungermarsch sein. Außerdem gilt es, die Gewerkschaften zu zerstören — ein Hauptbestandteil der Zukunftshoffnung der KPD. Also, wie war die Sache:
Die Arbeiter der Glashütte Heilbronn sind seit dem 20. August 1932 wegen Lohnunterschieden ausgesperrt und würden von diesem Tage an vom Verbande sachungsgemäß unterstütt. Seit Anfang Oktober 1932 ist der Kampf offiziell beendet. Die Produktion wurde wegen großer Vorräte nicht wieder aufgenommen, der Betrieb liegt still. Seit dieser Zeit hat der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands den arbeitslosen Glasarbeitern Unterstützungen gezahlt, die die Sätze der katastrophischen Erwerbslosenunterstützungen weit übersteigen. Mit dem Abbruch des Kampfes haben sich die arbeitslosen Glasarbeiter bei ihren Arbeitsämtern erwerbslos gemeldet, und diese weigern sich, Unterstützungen (Erwerbslosen- oder Wohlfahrtsunterstützungen) an die arbeitslosen Glasarbeiter zu leisten. Der Verband kann aber den Behörden die Zahlung von Erwerbslosen- oder Wohlfahrtsunterstützungen nicht auf

die Dauer abnehmen. Hier setzte nun die Lumperei der KPD. ein. Sie redete den Glasmachern ein, der Verband müsse weiterzahlen (KPD. und KGO. unterstützen ihre Leute wohl bis ans Lebensende), und wenn er nicht wolle, müsse man ihn zwingen. Man müsse einen Hungermarsch zum Hauptvorstand in Hannover antreten, und der Hungermarsch wurde tatsächlich organisiert. Der persönliche Veranfallter des Hungermarsches ist entweder ein politischer Hochstapler oder ein Geisteskranker, in jedem Falle aber ein gemeingefährliches Subjekt. Die Arbeitslosen waren naiv genug, auf den KPD.-Spießbuben zu hören. 59 Mann setzten sich also in Bewegung. Jeder vernünftige, rechtlich denkende Mensch — also kein Halunke — hätte gewußt, daß durch lange Arbeitslosigkeit und Entbehrung geschwächte Menschen nicht einen Marsch nach Hannover machen können. Und so kamen von den 59 nur noch 39 in Mannheim an. Der KPD.-Halunke war bereits ausgerückt; jedenfalls befürchtete der gemeine Bursche eine Tracht Prügel. Diese 39 Kollegen gingen dann in Mannheim zu unserer Zahlstellenleitung — nicht zur verbrecherischen KPD. — und baten um Hilfe, die ihnen auch zuteil wurde. Sie erhielten Beköstigung und das Geld für die Rückreise nach Heilbronn. So endete der „Hungermarsch“ der betrogenen Arbeitskollegen, betrogen von einem kommunistischen Schuft, betrogen von der KPD.
Aber an das Arbeitsamt bzw. an die Wohlfahrtsbehörde von Heilbronn richten wir die Frage, ob sie glauben, die Arbeitslosen wie Hunde behandeln zu können. Sie sind die indirekt Schuldigen an dem lumpigen Kommunistenstreich. Vielleicht kümmert sich unsere würtembergische Landtagsfraktion um die Sache. Man weiß nicht, ob die KPD. nicht noch einmal eine ähnliche Lumperei anstiftet, die hungernde Menschen zu Verbrechern anstiftet, und dann: Ja, dann hat man wohl auch in Würtemberg Waffen gegen verzweifelte und verheßte Arbeitslose, statt Unterstützung. Wir haben hiermit zeitig gewarnt.

Der NSD.-Vorsthende hat denunziert.

„Das ist ein großer Lump.“
Schon wieder hat ein NSD.-Mann seine eigenen NSD.-Kollegen verraten. Nämlich der NSD.-Vorsthende Seitz hat dem Direktor seiner Firma, der Ziegelei Ludwigsburg (Zahlstelle Staffgart), die Namen derjenigen Arbeitskollegen mitgeteilt, die Mitglieder der NSD. sind. Wie diese Lumperei aufgedeckt wurde? Der Ofenmeister Fischer machte den Ofenarbeitern die Mitteilung, sie seien bei der Direktion verraten. Ganz „scheinheilig“ sagte der NSD.-Vorsthende darauf:

„Das ist ein großer Lump.“ (Der das gemacht hat.)
Da drehte sich der Meister um und erklärte: „Du bist doch der Lump, du warst doch bei der Direktion und hast alles verraten.“
Seitz ist auch so ein „Arbeiterkorrespondent“ der kommunistischen Presse, in der er zahlreiche Artikel gegen den Fabrikarbeiterverband und seine Funktionäre losgelassen hat. Dieser Mann konnte nicht oft genug die Worte Lumpen und Verräter anwenden. Das sind die Kandidaten der KPD., der NSD., diese Burschen wollen Betriebsräte, Zahlstellenleiter und dgl. werden. Wer wählt diese Verräter ihrer Arbeitskollegen?

Der russische Jar Stalin verbietet Lohnerhöhungen.

Das Arbeitskommissariat der Sowjetunion hat eine Verfügung herausgegeben, nach der in den Sowjetbetrieben eine weitere Erhöhung der Löhne nicht gestattet ist. Diejenigen Leiter in Betrieben, die die Löhne ohne Erlaubnis der Sowjetregierung erhöhen, werden wegen Schädigung staatlicher Interessen bestraft.

Wie verlautet, hat das Arbeitskommissariat ferner einen Beschluß gefaßt, nach dem weitere Zahlungen in Devisen an Ausländer und Fachleute, die in Rußland tätig sind, unzulässig sein sollen. Es sollen keine neuen Verträge mehr abgeschlossen werden, in denen die Zahlung der Löhne in Devisen vorgesehen ist.

Werden die russischen Arbeiter unter Führung eines Volkshewisten einen Hungermarsch zu Vätern Stalin antreten?

Wählt KPD. - wählt wilde Männer - wählt Waschlappen, es ist immer dasselbe.

In den beiden Gummiwerken Veitwerke in Sandbach im Oberrhein und im Dunlop-Werk in Hanau wurden fast gleichzeitig je ein Betriebsratsmitglied entlassen. In beiden Fällen haben KPD. und KGO. selbstverständlich Stellung genommen. Einmal unter der Überschrift: „Mißregulierung eines SPD.-Betriebsrates in den Veitwerken in Sandbach im Oberrhein. — Schmachliches Verhalten der Reformisten.“ Im zweiten Falle heißt die Überschrift: „Kotter Betriebsrat zur Strecke gebracht in den Dunlopwerken in Hanau.“ Die erste Überschrift klingt anders als die zweite, die nicht kämpferisch, sondern resigniert klingt. Ganz selbstverständlich, denn im ersten Falle handelt es sich um einen unserer Gewerkschaftskollegen, im zweiten Falle aber um einen revolutionären KGO.-Mann, und da muß leise getreten werden.

In den beiden Überschriften sieht man schon, daß beide der revolutionären Feder entstammen. Es sind die üblichen Schlagwörter, wie sie im Handwörterbuch der KPD. und KGO. zur Auswahl stehen. Wie die Kampfesweise sich praktisch auswirkt, zeigen auch die beiden Fälle, um die es sich hier handelt. Beide Entlassungen sind zu fast gleicher Zeit erfolgt, beide auch in Gummiwerken, wenn auch geographisch etwas getrennt. In den Veitwerken schloß im Oberrhein sind rund 500 Beschäftigte, die gut organisiert sind. Im Dunlop-Werk in Hanau am Main mit circa 1000 Werksangehörigen ist die Organisationszugehörigkeit schlecht.

Im erstgenannten Betrieb sind alle 10 Arbeiterratsmitglieder freigewerkschaftlich organisiert; im zweiten teilen sich Freigewerkschaftler und die KGO. die Säge.

In der Entlassung unseres Arbeiterratsmitgliedes Luft in den Veitwerken schreibt die „Kommunistische Arbeiterzeitung“: „Daß Luft einer von den wenigen reformistischen Funktionären war, der es ehrlich meinte.“ (Was ist immer so, wenn die Reformisten entlassen werden, vorher sind sie Verräter.) Darauf läßt die weitere Waise auf ihrer kommunistischen Drehorgel vernehmen: „Die Reformisten haben nicht die Belegschaft zum Kampf mobilisiert“, sie bremsten, verhandelten und gingen mit dem echt reformistischen Appell an das Arbeitsgericht. Und dann unter hervorgehobenem Druck:

„Gummiproleten, glaubt nicht, daß durch die Methode die Direktion auf die Knie gezwungen wird. Im Gegenteil, sie wird in Zukunft noch viel herausfordernder vorgehen. Deshalb schreift, schließt euch enger zusammen! Nehmt den revolutionären Kampf auf gegen jede Entlassung und gegen alle Schikanen der Direktion!“

Um es nun gleich zu sagen, der Kollege Luft, der frifflös entlassen war, arbeitet wieder an seinem alten Platz. Die Entlassung wurde zurückgenommen, ohne die Entscheidung des Arbeitsgerichts abwarten zu müssen. Es war das Ergebnis praktischer Gewerkschaftsarbeit. Dieser Erfolg wird nicht nur von der Belegschaft des Betriebes gebührend geschätzt, sondern auch von der dortigen Öffentlichkeit. Im KGO.-Zirkon heißt man einen solchen Erfolg „schmachliches Verhalten der Reformisten“.

Nun zum Fall in Hanau, im Mutterland der Revolutionen. Nichts kann man davon in der KPD.-Presse lesen, nur ein recht spärliches Flugblättchen mit der obigen zweiten Überschrift. Kein Wort von „Belegschaft zum Kampf mobilisieren“, sondern nur:

„Ein breiter Protestkara“

nach eure Antwort an die Feinde der Belegschaft sein“ und dann Delegation auf Delegation muß bei der Direktion die sofortige Wiederinstellung eines Interessenvertreters fordern“. Ei, ei, sieht mal einer die KGO. an, sie möchte verhandeln, denn einen anderen Zweck können Delegationen nicht haben. Aber so weit ist es noch gar nicht mal gekommen. Alles steht nur auf dem Papier. Noch keine Vollversammlung hat Delegationen bestimmt, man hat ja auch keine einberufen. Niemand arbeitet praktisch für den Entlassenen, noch nicht mal seine KGO.-Betriebsratskollegen. Da der breite Protestkara, auf den schon länger als vier Wochen gewartet wird, nichts helfen wird, da Delegationen nicht bestimmt sind, da die Anrufung des Arbeitsgerichts nach Ansicht der KGO. echt reformistisch ist, zum Streiken aber der Mut und noch manches andere fehlt, so wird der Entlassene nicht mehr damit rechnen dürfen, wieder an seinen Arbeitsplatz zu kommen. Das ist der Erfolg von Schlagworten, von Phrasen. Für den „SPD.-Betriebsrat“ empfiehlt man „Mobilisierung des Kampfes“ (den man dann den anderen überläßt), für den eigenen KGO.-Betriebsrat hat man weiter nichts zu offerieren als einen nutzlosen Protestkara, der aber nur auf dem Papier steht. So läßt man seine eigenen Opfer im Stich und schimpft andere Verräter. Der gewerkschaftliche Einfluß hat es vermocht, daß der entlassene Betriebsrat Luft in den Veitwerken wieder an seinem Arbeitsplatz arbeitet. Der Einflußlosigkeit der KGO. ist es zuzuschreiben, daß ihr Entlassener in Hanau arbeitslos ist.

Dehalb... Kollegen und Kollegen, wenn ihr vor Schaden gekniet sein wollt, wenn ihr wieder vorwärts schreiten wollt, dann räumt den Herrschern hinweg, der euch hindert, laßt die Phrasen, die verantwortungslos Schwäger eurer sich und ihr werdet wieder frei und machtvoll sein!

Schließt die Reihen enger und fest im Fabrikarbeiterverband! P. R.

Kartoffelchamps-Champagner.

„Wie verlautet“, haben Interessenten aus Winterreifen eine Eingabe gemacht, ihren Wein mit Kartoffelchamps verfälschen zu dürfen. Und weil zugleich aus Landwirtschaftsreisen in heftigen Vogelsberg der Wunsch besteht, den Kartoffelchamps mit Wein verfälschen zu dürfen, so besteht Aussicht, daß das Projekt greifbare Gestalt annimmt. Man darf ohne weiteres voraussetzen, daß jene Kreise, die dazu verurteilt sind, mit Butter gefüllte Margarine zu essen, auch mit Kartoffelchamps bzw. Kartoffelchamps-Champagner trinken.

Was kostet die Arbeitslosigkeit.

Die Unterfütterung der vom Internationalen Arbeitsamt in der ganzen Welt auf etwa 30 Millionen bezifferten Arbeitslosen erfordert ungeheure Aufwendungen. In Deutschland ist der Gesamtaufwand der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden von 1151 Millionen Reichsmark im Jahre 1928 auf 2975 Millionen im Jahre 1931 gestiegen. Bei einem geschätzten Gesamtlöhneinkommen von 33 Milliarden belaufen sich also in Deutschland die Kosten der Arbeitslosigkeit auf rund 9 v. H. der Gesamtlohnsumme. In Großbritannien haben sich die Kosten der Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit von 51,5 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1924/1925 auf schätzungsweise 120 Millionen Pfund Sterling für das Jahr 1932/1933 erhöht. Dies entspricht etwa 7,3 v. H. der Gesamtlohnsumme.

Nach einer Schätzung des Internationalen Arbeitsamts betrug der jährliche Lohnausfall von etwa 24 Millionen Vollerwerbslosen in 20 Staaten 84 Milliarden Reichsmark.

Hört, ihr Geschäftspatrioten!

Sich um Erzeugung patriotischer Gesinnung bemühen, heißt annehmen, daß es überhaupt möglich sei, nicht patriotisch zu sein. Sollte man aber meinen (und man meint es fast durchgängig), daß Patriotismus mit der Billigung bestimmter Parteigrundsätze und historischer Anschauungen identisch sei, dann ist es brutale Gewalt, Knaben und Mädchen in diese, von den Eltern durchaus nicht immer geteilten Anschauungen hineinzuzwängen... Was ist eine Partei zu fordern berechtigt ist, darf auch die andere beanspruchen... Der jetzt unter dem Namen Patriotismus gepflegte Vertrieß gewisser politischer und historischer Ansichten ist geradezu Vergiftung der jungen Seelen... Paul de Lagarde.

Anfall- und Gesundheitschutz beim Freiwilligen Arbeitsdienst.

Für den Freiwilligen Arbeitsdienst gelten sowohl die reichsgesetzlichen Vorschriften über die gewerbliche Unfallversicherung als auch die Vorschriften über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gefahrenschutz und über Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche, die bei einer gleichartigen Beschäftigung im Arbeitsverhältnis Anwendung finden würden.

Für die Überwachung der Durchführung der behördlichen Arbeitschutzbestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften sind die Gewerbeaufsichtsbeamten und die technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft zuständig, allerdings nicht in allen Fällen. Die Kontrolle der Gewerbeaufsicht erstreckt sich nicht auf im F.A.D. ausgeführte Bodenverbesserungsarbeiten und Arbeiten zur Herrichtung von Stedungs- und Kleingartenland. Diese Arbeiten gelten nach § 23 der Ausführungsverordnungen vom 2. August 1932 zur Verordnung über den F.A.D. vom 16. Juni 1932 als landwirtschaftliche Arbeiten. Die Überwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften durch die technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft erstreckt sich nur auf Arbeiten, die bei der Zweiganstalt dieser BG. versichert sind. Wo jedoch Reich, Länder und Versicherungsverbände sowie solche Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu Versicherungsträgern erklärt sind, Träger der Arbeit sind, kommt für den Unfallversicherungsschutz des F.A.D. die behördliche Eigenunfallversicherung (Ausführungsbehörde) in Frage. Die Ausführungsbehörden besitzen aber keine technischen Aufsichtsbeamten, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen. Daher fehlt dort eine Kontrolle über die Durchführung der Unfallverhütung. Die der Zweiganstalt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft unterstellten Arbeiten des F.A.D. entbehren zwar nicht ganz dieser Kontrolle, sie ist aber ebenfalls ungenügend im Hinblick darauf, daß solche Arbeiten einer besonders eingehenden und öfteren Betreuung bedürfen.

Eine stärkere Einschaltung der Beamten der Gewerbeaufsicht ist notwendig, da insbesondere bei geschlossenen Lagern eine Kontrolle über den Zustand der Arbeiterfürsorgeeinrichtungen (Unterkaufsträume usw.) dringlich ist. Diese Kontrolle liegt außerhalb des Aufgabengebietes der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften.

In der letzten Zeit sind auch bereits einige schwere Unfälle bei Arbeiten des F.A.D. eingetreten. Dabei sind drei Personen gewirkt und eine schwer verletzt worden. Vermutlich haben die nachstehend angeführten Umstände zu diesen bedauerlichen Unfällen beigetragen.

Die Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst werden in den meisten Fällen von Jugendlichen ausgeführt, die mit diesen Arbeiten nicht genügend vertraut sind und die damit verbundenen Gefahren unterschätzen. Auch die Leiter der Arbeiten verfügen nicht immer über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen, die für die Abwehr von Unfall- und Gesundheitsgefahren unbedingt notwendig sind. Vielfach mangelt es dann noch an dem notwendigen Material für die Schaffung der Schutzmaßnahmen, wie Bohlen, Steifen u. dergl. Aus diesen besonderen Verhältnissen des F.A.D. ergeben sich erhöhte Unfall- und Gesundheitsgefahren für die dort Beschäftigten. Falls nicht besondere Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden, ist zu befürchten, daß bei diesen Arbeiten im Verhältnis mehr Unfälle eintreten als bei Ausführung ähnlicher Arbeiten im ordentlichen Arbeitsverhältnis. Um die in der gegenwärtigen Regelung liegenden Nachteile für die Sicherheit der im F.A.D. Tätigen zu beseitigen und Verluste von Arbeitskraft und Gesundheit vorzubeugen, hat der Vorstand des DGB, dem Reichsarbeitsminister nachstehende Vorschläge unterbreitet:

daß eine stärkere Überwachung der Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst durch die Unfallversicherungsträger erfolgt. Soweit Ausführungsbehörden in Frage kommen, könnte der Abschluß eines Abkommens mit den Baugewerks-Berufsgenossenschaften erwogen werden, die im F.A.D. ausgeführten Arbeiten durch die technischen Aufsichtsbeamten dieser Berufsgenossenschaften mitkontrollieren zu lassen;

daß die Regierungen der Länder die Gewerbeaufsichtsbeamten anweisen, sich in stärkerem Maße für die Durchführung der Arbeiterfürsorgevorschriften beim Freiwilligen Arbeitsdienst, insbesondere schon bei der Einrichtung von geschlossenen Lagern, einzusetzen;

daß der zweite Satz des § 23 der Ausführungsverordnungen vom 2. August 1932 abgeändert wird, damit auch für diese — landwirtschaftliche — Arbeiten eine Überwachung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten möglich ist; zu erwägen, ob nicht auch die Vampolizeibeamten der Gemeinden und Gemeindeverbände neben den Gewerbeaufsichts-

beamten und technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften für die Überwachung der Durchführung des Arbeitschutzes im F.A.D. herangezogen werden können.

Wir hoffen, daß der Reichsarbeitsminister diesen Vorschlägen bald nachkommt. Den im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Personen ist nicht mit der Unterstellung unter die Unfallversicherung und unter die sonstigen Arbeitschutzbestimmungen allein gebüht, sondern vor allem damit, daß sie weitestgehend vor Unfällen und gesundheitlichen Schädigungen anderer Art geschützt werden. Dazu ist aber eine gute Kontrolle der einzelnen Arbeitsstellen und Lager durch die dafür zuständigen Organe eine der wichtigsten Vorbedingungen. Ca.

Der KPD.-Führer bei Schleicher.

Die kommunistische Presse hat die Unterredung, die auf Wunsch des neuen Reichskanzlers von Schleicher zwischen diesem und dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Breitscheid, geführt wurde, bevor Schleicher die Regierungsbildung übernahm, zu einer wüsten Heße gegen die Sozialdemokratie benutzt. Sie stellte die dreiste Behauptung auf, die Unterredung sei „Beweis“ dafür, daß die Sozialdemokratie mit Schleicher im Bunde sei und ihn insgeheim unterstütze. Die gleiche Heße geht neuerdings auch gegen den Genossen Leipart.

Aber die Heße der kommunistischen Presse nötigt dazu, die Aufmerksamkeit auf einen Vorgang zu lenken, der in der Reichstagsitzung vom 6. Dezember während der Rede des Abgeordneten Torgler durch Zwischenrufe bekannt geworden ist. Als Torgler wieder die Sozialdemokratie beschuldigte, mit Schleicher im Bunde zu sein und zum Beweis dafür auf die Besprechung mit Breitscheid hinwies, wurde ihm zugerufen, wie es denn mit der Unterredung zwischen Schleicher und dem kommunistischen Führer Heinz Neumann stehe. Heinz Neumann ist zwar kürzlich von der kommunistischen Zentrale mit einem Verweis bestraft worden, weil er in der Frage der Einheitsfronttaktik von der „Generallinie abgewichen“ sei, aber Heinz Neumann ist nach wie vor einer der Prominenten der KPD. Um so interessanter ist es, daß der

General Schleicher mit Heinz Neumann mehrere Unterredungen

hatte. Der neue Reichskanzler hat Heinz Neumann sogar als einen „sehr brauchbaren Mann“ bezeichnet und sich sehr eingehend nach seinem jetzigen Aufenthalt erkundigt. Und es ist weiter sehr interessant, daß der

General Schleicher sich auch recht anerkennend über den Kommunistenführer Torgler geäußert hat,

der sich in öffentlicher Reichstagsitzung als ein gar so wilder Hasser Schleichers aufspielte.

Über diese Vorgänge liest man freilich in der kommunistischen Presse nichts. Und zwar aus guten Gründen. Denn die Kommunisten haben natürlich eine große Scheu, bekannt werden zu lassen, daß hinter den Kulissen so interessante Beziehungen mit dem General Schleicher aufrechterhalten worden sind. Herr Torgler hat dann ja auch, als er erfuhr, daß die Unterredung zwischen Schleicher und Heinz Neumann kein Geheimnis geblieben sei, sich äußerst betroffen gezeigt; denn ihm war natürlich sofort klar, daß damit der kommunistischen Heße gegen die Sozialdemokratie ein Ende bereitet wird.



Ein brauchbarer Mann —

Arbeitszeitverkürzung gegen technologische Arbeitslosigkeit.

Die technische Fortschritt ist zweifellos zu einem nicht unerheblichen Teil an dem ungeheuren Ausmaß der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit beteiligt. Das Internationale Arbeitsamt zeigt in einem soeben erschienenen Bericht über „Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit“, in welchem Ausmaß die Maschine in den letzten Jahren die Handarbeit zu verdrängen vermochte. In der Glasindustrie ist eine Owens-Maschine, die von neun Arbeitern bedient wird, an die Stelle von 80 bis 90 Handarbeitern getreten. Sie erzeugt 15 000 bis 35 000 Flaschen in 24 Stunden. Ein Handarbeiter stellt 250 Bierflaschen in acht Stunden her, während die Owens-Maschine in der gleichen Zeit 8000 Flaschen erzeugt. Bei der Erzeugung von elektrischen Glühlampen (40 Watt) leistet die automatische Maschine bis zum 3fachen der Handerzeugung. In der ganzen Welt hat die allgemeine Erzeugung elektrischer Kraft von 1925 bis 1930 um 37 Prozent zugenommen. Man schätzt die Summe der mechanischen Triebkraft auf 1 Billion 700 Milliarden Kilowatt. Die 900 auf

den Kopf der Erdbevölkerung entfallenden Kilowatt entsprechen ungefähr dem zehnfachen Kräfteaufwand, den ein starker Mann innerhalb eines Jahres zu leisten vermag.

Industrieführer zur Arbeitszeitverkürzung.

IAZ. In dem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes an die demnächst zusammentretende vorbereitende Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung werden auch Stimmen von Industrieführern zur Frage der Arbeitszeitverkürzung veröffentlicht. So sagte der bekannte Industrielle Robert Bosch: „Es dürfte nicht notwendig sein, bei den heutigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes noch langatmig darzulegen, daß bei den Produktionsmitteln und Methoden, die uns zur Zeit zu Gebote stehen, eine Beschäftigungsmöglichkeit für alle Arbeitsfähigen und in allen Berufen nie mehr möglich sein wird, wenn man die tägliche Arbeitszeit nicht herabsetzt. Man wird anstatt der heute üblichen acht Stunden nur noch vielleicht sechs Stunden täglicher Arbeitszeit ansehen müssen.“ Der Präsident der Fiat-Werke in Turin, Senator Agnelli, äußerte sich wie folgt: „Bis jetzt verfolgte der technische Fortschritt — Mechanisierung und Rationalisierung — das Ziel, die Höchstmenge mit einem Mindestaufwand von Arbeit zu erzeugen, ohne Rücksicht auf die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit. Dieses Ziel muß dahin geändert werden, daß die Höchstmenge in der kürzestmöglichen Zeit erzeugt werden soll, wobei die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter und nicht die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu verringern ist. In anderen Worten: der technische Fortschritt darf nicht zu einer Zerstörung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen.“

Der Neujahrserlaß an die Reichswehr.

Der Neujahrswunsch des Reichspräsidenten an die Reichswehr lautete:

„Zum Neujahrstage spreche ich allen Angehörigen der Wehrmacht, Reichsheer und Reichsmarine, meine herzlichsten Glückwünsche aus! Die alten Soldatentugenden, Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung, sollen wie bisher die Richtschnur Eures Handelns bleiben.“

Sind es Soldatentugenden, wenn die Reichswehr sich dazu mißbrauchen läßt, republikanische Staats- und sonstige Beamten in Preußen hinauszuschmeißen? Wenn sie sich zum Staatsstreik gegen Preußen hergibt? Was geschieht gegen andere Länderregierungen, wo die Nordbestie wüftet? Wo bleibt das gleiche Recht?

Frauenfragen.

Frauenaufgaben im neuen Jahr.

Es gehört zu den besonderen Aufgaben der organisierten Kollegen, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen mit Energie und Fleiß die so notwendige Aufklärungs- und Werbearbeit unter den Kolleginnen leisten. Es finden in diesem Jahre Betriebsratswahlen, Vertreterwahlen zur Sozialversicherung sowie eine Reihe Landtags- und Kommunalwahlen statt.

Die Betriebsratswahlen müssen zum Sieg der freigewerkschaftlichen Listen führen, damit die Rechte der Arbeitnehmer gesichert und entsprechend gewahrt werden können. Die rechts- und linksreaktionären Drahtzieher im nationalsozialistischen und kommunistischen Lager werden mit allen Mitteln versuchen, die Wahlen für ihre Parteizwecke auszunutzen. Bekanntlich scheuen sie sich dabei nicht, die freien Gewerkschaften und die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte zu verleumden und zu beschimpfen. Wir haben das ja alles bei den früheren Betriebsratswahlen zur Genüge kennengelernt. Die im letzten Jahre vereinzelt durchgeführten Betriebsratswahlen haben ergeben, daß die Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit von Nazi- und K.O.-Betriebsräten nichts wissen will. Trotzdem hofft man in jenen Lagern noch auf die Stimmen derjenigen, die bekanntlich nicht alle werden. Die notwendige Aufklärungsarbeit unter den Kolleginnen muß schon jetzt einsetzen und so nachhaltig sein, daß die Gewerkschaftsfeinde mit ihren Parolen gar nicht an die Arbeiterinnen herantreten können. Es muß als Befrag und Dummensinn gebührend angeprangert werden, wenn sich die Nazis etwa erdreisten sollten, eigene Parteigrundsätze zurückzustellen, indem sie auf ihre Vorschlagslisten Frauen bringen. Es ist offensichtlich, daß die Nazis sich die Stimmen der Frauen sichern wollen. Leider haben wir schon erlebt, daß sich Arbeitskolleginnen für solche unehrlichen Parteizwecke mißbrauchen ließen. Es ist aber anzunehmen, daß unsere Kolleginnen doch etwas mehr Klassenbewußtsein und Klassenstolz besitzen, und vor allen Dingen, daß sie erkannt haben, daß als Interessensvertreter der Arbeiterschaft nur Freigewerkschaftler in Frage kommen können.

Bei den Wahlen zur Sozialversicherung ist zu beachten, daß überall größte Propaganda für die Liste der freien Gewerkschaften entfaltet werden muß, damit der Einfluß der Arbeitervertreter gesichert bleibt bzw. gestärkt wird. Die sozialen Rechte der Arbeitnehmer, die im letzten Jahre durch das Erstarken der Reaktion in wichtigen Punkten geschmälert wurden, sollen durch falsche Vertretung in den Körperschaften nicht noch weiter herabgedrückt werden können.

Die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen sind besonders wichtig, da entsprechend dem ganzen Aufbau von Versicherungssträgern und Versicherungsbehörden das Ergebnis der weiteren Wahlen zu den Krankenkassenzweigen vom Ausfall der Wahlen zu den Krankenkassenanschlüssen abhängt. Es sollte diesmal möglich sein, daß eine größere Zahl Kolleginnen als Vertreterinnen der versicherten Frauen gewählt werden als bisher. Stellen doch die Frauen und Mädchen auf Grund ihrer Erwerbstätigkeit einen großen Prozentsatz der Krankenkassenmitglieder und der Mitglieder in der Invalidenversicherung. Die speziellen Interessen der Frauen lassen sich von einer

geeigneten Kollegin zweifelsohne am besten wahren. Deshalb müssen sich die Kolleginnen auch den Einfluß auf die Vorschlagslisten, die die freien Gewerkschaften einreichen, sichern. Sie müssen darüber hinaus aber auch Sorge tragen, daß alle wahlberechtigten Kolleginnen ihr Wahlrecht ausüben, denn daran hat es selbst gemangelt.

Die stattfindenden Länder- und Kommunalwahlen im Jahre 1933 sind von größter Bedeutung für die Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land. Aufgabe der organisierten Kollegin muß sein, auch bei diesen wichtigen politischen Entscheidungen ebenfalls in gewerkschaftlichem Sinne zu wirken. Das kann am besten geschehen, wenn die Kollegin als Funktionärin immer auf dem Posten ist. So ergeben sich eine Fülle von Aufgabengebieten, die durchaus nicht unterschätzt werden dürfen. Noch viele Kolleginnen stehen teilnahmslos, beiseite oder gar im gegnerischen Lager, obgleich sie in ihrer Lebenslage nicht besser gestellt sind als diejenigen, die bisher für die Gleichgültigen mitkämpfen mußten. Nur solidarisches Handeln kann uns vorwärts bringen!

Woge

auf Woge schlagen gegen den Felsen und zermürben ihn durch ihr unablässiges Anstürmen. Ebenso wollen wir gegen den Fels „Indifferentismus“ immer wieder anstürmen, gegen ihn unsere ganze agitatorkische Wucht werfen,

und

eines Tages wird unser Werk von Erfolg gekrönt sein. Wir werden immer wieder aufs neue gegen den „Unverstand der Massen“ ankämpfen, bis das Ziel erreicht ist. Unsere Werbearbeit muß auch wie eine

Welle

die immer weiter ausgreift, sich aber das ganze Reich ergießt, bis alle Unorganisierten von dem großen Meer der freien Gewerkschaften aufgenommen sind. Wir

müssen

die Zahl der tätigen Funktionäre vermehren, damit der Angriff auf die indifferente Masse mit um so größerer Wucht erfolgen kann. Immer weiter und

weiter

wollen wir eindringen in das Heer derer, die noch nicht gelernt haben, die Waffe der Organisation zu gebrauchen. Und wenn sie den Wert des Verbandes erkannt haben, werden sie mit uns gegen den gemeinsamen Feind vor-

gehen.

Chemische Industrie

Schlimmer Unglücksfall bei der J. G. Farbenindustrie Ludwigshafen.

Ein gräßlicher Unglücksfall, dem leider wieder ein Arbeiter zum Opfer fiel, ereignete sich am Dienstag, dem 27. Dezember 1932, bei der J. G. Farbenindustrie in Ludwigshafen im Van 60.

Die Arbeiter hatten in einem Bunker sogenannte Talbotwagen zu entleeren, die Phosphorsäure nach jenem Bunker transportierten. Der 52 Jahre alte verheiratete Arbeiter Fr. Gg. Schmitt aus Böhl schaufelte in dem Bunker das Salz beiseite. In der Meinung, daß Schmitt bereits den Bunker verlassen habe, wurde von einem Mitarbeiter die Sicherung des Talbotwagens gelöst, und der ganze Inhalt des Wagens, 23 Tonnen, entleerte sich über den im Bunker befindlichen Arbeiter Schmitt.

Trotzdem sofort mit allen Hilfsmitteln an der Rettung Schmitts gearbeitet wurde, konnte er nur als Leiche geborgen werden.

Wer für den Unglücksfall verantwortlich ist, entzieht sich zur Zeit unserer Kenntnis. Sicherlich hat es jedoch an der nötigen Aufsicht gefehlt, denn sonst hätte ein solcher Unglücksfall sich nicht ereignen können. Es zeigt sich auch hier wieder, daß trotz größter Bekämpfung der Unfallgefahren noch größere Aufmerksamkeit und Überwachung notwendig ist, um die Arbeiter vor Schaden an Leben und Gesundheit zu bewahren.

Aus der chemischen Industrie.

Aber die Lage der deutschen chemischen Industrie im Jahre 1932 macht Geheimrat Dr. A. v. Weinberg im Jahresbericht der hessen-nassauischen Handelskammer einige interessante Mitteilungen. Wir referieren:

Die deutsche chemische Industrie hat trotz der Widerstandsfähigkeit einzelner Produktionszweige im letzten Jahre stärker unter den mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise gelitten. Nicht nur das Abstimmen der Kaufkraft auf dem Binnenmarkt hat einen Absatzzrückgang bewirkt, sondern auch die Einfuhrbeschränkungen in fast allen Ländern der Welt, wozu noch der Verfall der englischen und anderer Währungen kam. Versuche, die Störungen des internationalen Zahlungs- und Warenverkehrs durch Ausgleichsgeschäfte zu überwinden, gelangen nur zum Teil. Um die wirtschaftliche Stellung auf verschiedenen Weltmärkten zu halten, suchte die chemische Industrie auch mit privatwirtschaftlichen internationalen Abkommen den meist aus protektionistischen Gründen erfolgten Eingriffen der Staaten in den internationalen Handelsverkehr entgegenzuwirken. So wurde im Juli 1932 zwischen dem deutschen Stickstoff-Syndikat und den anderen Stickstoffproduzenten ein neues Abkommen geschlossen, das eine Verbesserung der Verhältnisse auf dem Weltstickstoffmarkt zum Ziel gesetzt hat. Auf dem deutschen Benzolmarkt kam nach jahrelangem und verlustreichen Preiskampf eine Konvention zustande, die eine Befriedung des deutschen Marktes bringen soll.

Einen Erfolg erzielte die deutsche chemische Industrie dadurch, daß im Juli 1932 fast alle in Betracht kommenden amerikanischen Firmen Teilhaber der Hydro Patents Co. wurden, der die Verwertung des von der J. G. Farbenindustrie ausgearbeiteten Hydrierverfahrens in Amerika obliegt.

Die seit Sommerende fast überall beobachteten Anzeichen einer beginnenden Konsolidierung aber sogar einer Belebung haben sich auch in der chemischen Industrie bemerkbar gemacht. Allerdings ist die Belebung auf den Auslandsmärkten durch die Auswirkungen der Konjunktursanktionen zum größten Teil wieder zurückgefallen. Die jetzt eingeleitete Wirtschaftspolitik kann, falls sie konsequent durchgeführt wird, eine Wiederbelebung der Wirtschaft zur Folge haben, da sie geeignet ist, Verbrauch zu schaffen und die Unternehmungslust zu stärken. Man würde beschleunigt über die Wirtschaftskrise hinwegkommen, wenn man auch in anderen Ländern sich einschließen könnte, zu einer vernünftigen Handelspolitik zurückzukehren. Hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, ist eine der Hauptaufgaben der kommenden Weltwirtschaftskonferenz.

Für die chemische Industrie scheint sich also der Segen der Autarkie und der Konjunkturstärkungspolitik nicht erschöpflich ausgewirkt zu haben. Gerade in diesem Industriezweig zeigt sich der Un Sinn einer Wirtschaftspolitik für ein Land, das nur leben kann, wenn für den Überschuß seiner Industrieprodukte Absatz vorhanden ist.

Zusammenschlüsse in der chemischen Industrie.

Eine Fusion in der deutschen Aluminiumindustrie wird durch die Zusammenlegung der Erftwerk-WG, Aluminiumhütte und Elektrodenfabrik, Grevenbroich a. Niederrhein, mit den Vereinigten Aluminiumwerken, AG, Launau, vorgenommen. Das gesamte Aktienkapital in Höhe von 10 Millionen Reichsmark der Erftwerke befindet sich im Besitz des Launauerwerkes. Vornehmlich aus steuerlichen Gründen wurde zwischen den beiden Werken ein Verschmelzungsvertrag abgeschlossen, den die Hauptversammlung bereits genehmigt hat.

Auf Grund dieses Vertrages ist die Erftwerk-WG ihr gesamtes Gesellschaftsvermögen auf die Vereinigten Aluminiumwerke, AG, die in alle Rechte und Pflichten der Erftwerk-WG eintritt.

Die Vereinigten Aluminiumwerke, AG, gehören zum Diagon Konzern, einem Unternehmen des Reiches. Die „Diag“ Vereinigte Industrieunternehmen, AG, besitzt von dem Aktienkapital 23,99 Millionen Reichsmark, während die restlichen 10 000 Reichsmark im Besitz der Innwerk Bayerische Aluminium-WG in München sind.

Fusion in der Seifenindustrie.

Eine Fusion zwischen der Seifensiederei-Gesellschaft und dem bekannten Elida-Unternehmen ist erfolgt. Nachdem bereits Anfang des letzten Jahres die Börsen der Sunlicht-WG, Mannheim-Berlin, und der Parfümerie Elida, AG, Leipzig-Berlin, vereinigt wurden, ist jetzt die Vollfusion vorgenommen worden. Die außerordentlichen Hauptversammlungen der Sunlicht und Elida haben am 22. Dezember 1932 die Vollfusion einstimmig genehmigt. Die Sunlicht-WG hat zu diesem Zweck eine Erhöhung des Stammkapitals beschlossen. Der Verkauf der Elida-Erzeugnisse erfolgt wie bisher durch die Elida-Parfümerie, G. m. b. H., Berlin.

Henkel wird Besitzer der Deutschen Hydrierwerke.

Die bekannte Seifenfabrik Henkel & Cie., Düsseldorf, hat maßgebliche Beteiligung an den Deutschen Hydrierwerken, AG, in Berlin-Rohleben, erworben. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 4 Millionen Reichsmark. Die Hydrierwerke befanden sich seither im Besitz der Gesellschaft für Leerverwertung, G. m. b. H., Duisburg-Neudorf, und einer Reihe maßgebender Bergbauunternehmen des Ruhrreviers. Die seitherigen Besitzer haben sich zum Verkauf entschlossen, weil die Hydrierwerke sich in den letzten Jahren infolge der technischen Entwicklung mehr und mehr von dem ursprünglichen Arbeitsgebiet entfernt haben.

Henkel & Cie. hätten sich zu dem Kaufe entschlossen haben, mit Rücksicht darauf, daß die Deutschen Hydrierwerke in letzter Zeit der Öl- und Fettsäure-Verarbeitung und -Veredlung sowie der Öl-Synthese, Arbeitsgebieten, die der Firma Henkel als Waschmittel-fabrikanten nahelegen, besonderes Interesse entgegenbringen. Die die Leerverwertung berührenden Interessen der bisherigen Hauptaktionäre der Deutschen Hydrierwerke sind bei dem Besitzwechsel gewahrt geblieben.

Rohleben hat ein Kapital von 4 Millionen Reichsmark. Von diesen besaß die Gesellschaft für Leerverwertung, G. m. b. H., in Duisburg-Neudorf, ein Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrbergbaus, die Majorität. Dieses Paket ist auf die Henkel & Cie. übergegangen. Den übrigen an Rohleben beteiligten Montanunternehmen, Hibernia, Harpen, Mannesmann, Altköner, König, Ludwig, Gelsenberg, Verkaufsvereinigung für Leerverwertung usw., die teils nicht an der Gesellschaft für Leerverwertung beteiligt sind, sondern direkt an Rohleben, oder neben ihrer Beteiligung an der Leerverwertung auch noch eine direkte Beteiligung an Rohleben besitzen, ist ein Übernahmeangebot unterbreitet worden, von dem wohl reiflos Gebrauch gemacht wird. Bei den letzteren Beteiligungen handelt es sich durchweg um kleinere Beträge. Die Henkel & Cie. dürfte mit der Transaktion in den Besitz des gesamten Aktienkapitals von Rohleben gelangen.

Die Wahrung der die Leerverwertung berührenden Interessen der bisherigen Aktionäre erfolgt durch eine vertragliche Sicherung der Lieferungen von Leer und Naphthalin an Rohleben. Die Übernahme der Rohleben-Aktien durch die Henkel & Cie. geschieht zu einem als günstig zu bezeichnenden Kurs, so daß sich für die Gesellschaft für Leerverwertung eine ansehnliche Entlastung ergibt.

Günstige Finanzen des Gummitrusts.

Den Continental-Gummiwerken, AG, Hannover, geht es trotz der Krise unvermindert gut. Nach Aussagen der Firma ist das Geschäft weiter befriedigend. Man erwartet, daß mindestens die Vorjahrsdividende von 8 Prozent wieder an die Aktionäre zur Ausschüttung gelangt. Die Liquidität soll weiter sehr günstig sein. Die Mittel der Firma sind trotz der Krise so erheblich, daß ein Teil der Anleihe von 1926 in Höhe von 4 Millionen Reichsmark unter Vergütung von 6 Prozent Stückzinsen eingelöst wird. An der Börse herrscht anhaltend großes Interesse für Conti-Aktien. Es sollen aber auch größere Posten von Conti-Gummi-Aktien unter der Hand über den Börzenkurs ihre Besitzer gewechselt haben. Die „Bergwerkszeitung“ vermutet, daß einzelne Großaktionäre ihren Besitz abzurufen wünschen. Dieser Appetit ist verständlich, da die Conti eines der krisenfestesten Unternehmen der Gegenwart ist.

Neue Superphosphatfabrik.

Eine neue Superphosphatfabrik baut die Firma Kokswerke und chemische Fabriken, AG. Dieses Unternehmen hat in den letzten Tagen die stillgelegte Schwefelsäurefabrik in Gleiwitz wieder in Betrieb genommen. Diese Maßnahme hängt mit dem Plan zusammen, die Schwefelsäure zur Herstellung von Superphosphat zu verwenden. 15 000 bis 20 000 Tonnen Schwefelsäure sollen jährlich in diesem neuen Betrieb verarbeitet werden. Zur Zeit kämpft das Unternehmen mit dem Verband der deutschen Superphosphatindustrie um eine Produktionsquote für den neuen Betrieb. Während man in den Kreisen der Produzenten den Neubau als eine volkswirtschaftliche Festinvestition bezeichnet, beharren die Kokswerke auf dem Neubau, weil sie die Superphosphatproduktion zur Abrundung ihrer Gleiwitzer Anlagen benötigen. Die Kokswerke behaupten optimistisch, daß sich die Absatzverhältnisse bessern werden, und auch ihre Produktion vom Markt noch aufgenommen werden kann.

Auffleg der Scheidebank.

In starker finanzieller Aufwärtsbewegung befindet sich die Deutsche Gold- und Silberscheidebank in Frankfurt am Main. 9 Prozent Dividende (10 Prozent im Vorjahre) gelangt zur Verteilung. Das aber nur deshalb, weil die Firma ihre Abschreibungen von 1,99 Millionen Reichsmark im Vorjahre auf 3,59 Millionen Reichsmark erhöht hat. Der Betriebsgewinn hätte also vollständig zur Ausschüttung der alten Dividende ausgereicht. Ans erscheint diese Maßnahme mehr als eine verschämte Geste, die man der herrschenden Wirtschaftskrise gegenüber macht. Der Gesamtumsatzerlös beträgt 27,86 Millionen Reichsmark. Dazu kommen noch

0,79 Millionen Reichsmark aus Beteiligungen, 0,79 Millionen Reichsmark aus Zinsen und 0,82 Millionen Reichsmark aus sonstigen Erträgen. Das dividendenberechtigte Aktienkapital beträgt 32,16 Millionen Reichsmark.

Dieser kleine Querschnitt zeigt, daß die chemische Industrie als Wirtschaftsguppe der deutschen Wirtschaft trotz der Krise sehr aktiv geblieben ist und auch weiterhin Anlässe zu einer lebhaften Fortentwicklung zeigt. Eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse gibt der chemischen Industrie zweifellos große Zukunftsmöglichkeiten.

R. Segerer.

Papier-Industrie

Ein Rückblick auf das Jahr 1932 in der deutschen Papiererzeugungsindustrie.

Von G. Stähler (Hannover).

(Schluß.)

Die nachfolgenden Ausführungen über die Produktionsausnutzung und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einigen wichtigen Staaten der internationalen Papiererzeugungsindustrie bestätigen nur das von uns für Deutschland gegebene Bild.

Nordamerika.

Für den Monat August 1932 wurden aus Nordamerika (USA und Kanada) folgende Ausnutzungen der Produktionskapazitäten gemeldet:

Sorte	Ausnutzung der Produktionskapazität in v. H.
Schreibpapier	60
Wellpappe	58
Karton und Pappe	53
Zeitungsdrukpapier	51
Streichpapiere	46
Briefumschlagpapiere	40
Sonstige Umschlagpapiere	25

Großbritannien.

Trotzdem England eines der wesentlichsten Absatzgebiete für die europäische Papiererzeugungsindustrie darstellt, waren nach „Paper World“ am 24. Oktober 1932 in England 3640 Papierarbeiter voll arbeitslos und 4057 wegen vorübergehender Stilllegung der Werke unbeschäftigt. Die Arbeitslosigkeit betrug an diesem Tage 13 Prozent der englischen Papiererzeugungsarbeitskraft.

Japan.

Der japanische Papierkräft, der drei große Konzerne umfaßt und 90 Prozent des gesamten Papiermaschinenbedarfs herstellt, war Anfang November nur in der Lage, in seinen 88 Papierfabriken die Leistungsfähigkeit mit 60 bis 70 Prozent auszunutzen. Es wird deshalb beabsichtigt, 13 Papierfabriken vollständig stillzulegen und nur noch mit 25 Betrieben die Produktion aufrechtzuerhalten.

Italien.

Im Mutterlande des deutschen Faschismus bezogen nach der amtlichen Mitteilung des italienischen Korporations-(Arbeits-) Ministeriums am 30. September 1932 von 949 499 Arbeitslosen rund 297 000 oder 32 Prozent Arbeitslosenunterstützung. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der italienischen Papiererzeugungsindustrie geht aus folgenden Zahlen hervor:

Monat Oktober	Beschäftigte Papierarbeiter	Oktober 1930 = 100
1930	23 037	100
1931	21 242	92,2
1932	20 037	86,9

Um die industrielle Arbeitslosigkeit künstlich niederzuhalten, ist seit November 1932 die Errichtung neuer und die Erweiterung alter industrieller Anlagen durch die Regierung genehmigungspflichtig geworden.

Polen.

Die Entwicklung der polnischen Papierproduktion, gemessen an den Zahlen der arbeitslosen Papierarbeiter, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Stichtag	Betriebe	Beschäftigte Arbeiter	Abnahme gegen 1929 in Prozent
1929	46	9461	—
1. 10. 1931	41	8350	11,7
1. 10. 1932	44	7700	18,6

Die Drückelung der europäischen Papierproduktion geht auch daraus hervor, daß in den ersten 10 Monaten des Jahres 1932 die polnische Papierholzausfuhr gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres der Menge nach um 48 Prozent und dem Werte nach um 57 Prozent zurückgegangen ist.

Österreich.

Gemessen an der Produktion des Jahres 1931 für die ersten 9 Monate ging bis Ende September 1932 die Produktion zurück: an Papier um 4 Prozent, an Zellstoff um 8 Prozent, an Holzschliff um 15 Prozent und an Pappe um 27 Prozent.

Tschechoslowakei.

In der Papiererzeugungsindustrie der Tschechoslowakei wurden 1929 durchschnittlich 18 800 Arbeitnehmer beschäftigt. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl ergibt sich aus den nachstehenden Arbeitslosenziffern:

Stichtag	Arbeitslose	Ja Prozent der Beschäftigten v. 1929
August 1931	1647	8,8
August 1932	57	22,1

Für November wird gemeldet, daß die Produktion der Papier- und Zellstofffabriken in der Slowakei nur noch 50-60 Prozent der vorjährigen Erzeugungsmenge erreicht.

Kanada.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der kanadischen Papiererzeugungsindustrie ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Abnahme der Beschäftigtenzahl gegen 1929 in Prozent
1929	108	33 584	—
1930	146	33 207	1,1
1931	146	26 669	20,6

Aus dem Bericht über Nordamerika geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit auch in Kanada weiter fortgeschritten ist.

Antarktische Entdeckungen.

Jede Woche berichten die Fachzeitschriften über einschneidende Maßnahmen der papiereinführenden Länder.

Ganz gleich, ob es sich um Valutabewilligungen wie in Deutschland und Dänemark, um Kontingentierungsmaßnahmen wie in Frankreich, um Zollerhöhungen wie in England oder um Einfuhrverbote (Zeitungsdrukpapier usw.) wie in Spanien handelt. Überall antarktische Bestrebungen zum Schutze der heimischen Industrie, überall Abschließungsmaßnahmen vom Weltmarkt.

Für die deutsche Papiererzeugungsindustrie besteht eine neue Gefahr. Die im Interesse der Land- und Forstwirtschaft eingeführte Papierholzkontingentierung bedeutet nicht nur eine Steigerung der heimischen Papierholzpreise, sondern auch die Hervorrufung von weiteren Absperrungsmaßnahmen der Papierholz erpedierenden Staaten gegen deutsche industrielle Einfuhrartikel. Es bedeutet ferner eine Erhöhung der deutschen Inlandspapierpreise und damit zusammenhängend eine neue Erschwerung der Ausfuhr für die papierverarbeitende Industrie und das graphische Gewerbe.

Produktionshemmende Preispolitik.

Hinzukommen die in der letzten Zeit getroffenen unverständlichen Preiserhöhungsmassnahmen für die Papiererzeugungsindustrie im Inlande. Während auf Grund der Besprechungen der internationalen Zellstoffproduzenten Ende November in Stockholm die Ausfuhrpreise für Zellulose nach USA die gleichen bleiben wie bisher, wahrscheinlich auch in England keine nennenswerten Preiserhöhungen erzielt werden können, wurden die deutschen Zellstoffpreise durchschnittlich um 15 Prozent erhöht, während sich z. B. die Tschechoslowakei mit einer Zellstoffpreiserhöhung von 4 bis 5 Prozent für den Inlandmarkt begnügte. Die Folge davon ist eine Erhöhung der Papierpreise um 10 Prozent und darüber und wahrscheinlich ei. erhöhtes

Auswandern der deutschen Papierfabrikation.

Zu dieser Frage brachte die „Papierzeitung“, Nr. 97, die Mitteilung, daß im ersten Halbjahr 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres die Ausfuhr von Spezialmaschinen der Papierfabrikation nach England von 1523 Doppelzentner auf 12 861 Doppelzentner oder um 744,5 Prozent gestiegen ist. Anschließend daran bemerkt die „Papierzeitung“: „Diese starke Zunahme bei der Ausfuhr von Spezialmaschinen ist fast ausschließlich auf das Übersiedeln deutscher Firmen nach England bzw. auf Neugründungen von Niederlassungen durch deutsche Fabriken zurückzuführen.“

Alle die vorerwähnt geschilderten wirtschaftlichen Maßnahmen deuten nicht darauf hin, daß innerhalb der Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1933 ein durchgehender Aufschwung zu erhoffen ist. Viel näher liegt, daß die deutschen Papiererzeugungsindustriellen abermals versuchen werden, durch

Lohnabbau

einen Ausweg zu finden, obwohl jeder weitere Lohnabbau zu einer noch schärferen Vernichtung der Kaufkraft im Inlande und damit zu einer noch größeren Drosselung der Produktion führt und obwohl jeder weitere Lohnabbau im Auslande als soziale Dumpingmaßnahme empfunden werden muß und zu neuen antarktischen Maßnahmen des Auslandes führen wird, zumal der europäische Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt, die schwedische Papiererzeugungsindustrie, anscheinend weitere Lohnabbaupläne aufgegeben hat. Aus Schweden wird gemeldet, daß in der Zellstoffindustrie der bestehende Lohnstariff bis Ende 1933 verlängert wurde, und aller Voraussicht nach dürfte die schwedische Papierfabrikation diesem Beispiel folgen. Dabei beträgt der Lohnabbau in Schweden seit 1929 nur rund 8 Prozent gegenüber 22 Prozent in Deutschland.

Die deutsche Papierarbeiterchaft hat deshalb keine Ursache, im kommenden Jahre der wirtschaftlichen Entwicklung freudig entgegenzusehen; sie hat aber allen Grund, durch festen Zusammenschluß im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands weitere soziale Verschlechterungsmaßnahmen des Unternehmertums abzuwehren.

Bappenfabrik und Holzschleiferei abgebrannt.

In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1932 ist der Betrieb von Hugo Wolkenstein in Jiegenrück abgebrannt. Das Feuer hat so schnell um sich gegriffen, daß es keine Rettung mehr gab. Karosengabteilung, Schmelzerei, Rüstwerkstatt, Schleiferei, Zambinhaus und Kofortraum sind eingeschert worden. Die Feuerwehren konnten nur das Kesselhaus, ein Lager, das Kontorgebäude, die Holzschleiferei, die Steinmühlerei und die Sägerei retten. Die eigentlichen Besitzer sind die Zeigwerke in Jena, während die Firma Wolkenstein die Fabrik in Pacht hatte. Man nimmt an, daß die Fabrik baldigst wieder aufgebaut wird, wodurch die 60 durch den Brand arbeitslos gewordenen Arbeiter Beschäftigung finden werden. Die Zahlstellenleitung hat sich um die Beschäftigung dieser Kollegen bereits bemüht.

Nahrungsmittel-Industrie

Protest der freien Gewerkschaften gegen Margarinevertenerung und Produktions-einschränkung.

In Nr. 1 des „Proletariats“ haben wir bereits die amtliche Verlautbarung über den Inhalt der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten bezüglich Zwangseingriffe in die Fettwirtschaft gebracht. Die Verordnung liegt nunmehr im Wortlaut vor. Sie enthält neben der Ermächtigung von Butterbeimischung zur Margarine auch die Ermächtigung, die Margarineerzeugung, Speisefett- und Magerzeugung einzuschränken. Die praktische Durchführung der Verordnung ist der Reichsregierung überlassen. Die ganzen Vorschriften sind so widerständig, daß man immer wieder fragen muß, wie weltfremd die Väter dieser Verordnung dem praktischen Leben gegenübersehen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Blindstrie gezwungen werden kann, inländische Saaten zu verarbeiten, die gar nicht da sind. Aber es kommt noch besser. Nach dieser Ermächtigungsverordnung kann die Margarineindustrie verpflichtet werden, Butter beimischen. Sie darf aber nach § 9 der Verordnung nicht sagen, daß der Margarine Butter beigemischt ist. Also, die Wahrheit zu sagen, wird ausdrücklich verboten. Die Red.) Wir lassen den § 9 wörtlich folgen:

Es ist verboten, im Verkehr mit Margarine und Kunstspeisefett durch Umhüllungen, Bezeichnungen, öffentlichen Bekanntmachungen oder Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, in Wort oder Bild auf Milch, Butter, andere Milchzuckerstoffe oder Schmelzspeisefett oder auf deren Gewinnung hinzuweisen.

Wer vorsätzlich dem Verbote des Abs. 1 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ist die Zuwiderhandlung fahrlässig begangen, so tritt Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder Haft ein.

Die Vorschriften in Abs. 1, 2 treten am 1. April 1933 in Kraft.

Also man verpflichtet den Margarinefabrikanten, der Margarine Butter beimischen. Man verbietet ihm aber bei einer Strafe bis zu 6 Monaten Gefängnis, dem Publikum zu sagen, daß es sich bei dieser sogenannten Mischbutter um Margarine handelt, die mit Butter vermengt ist. Aus dieser Vorschrift spricht sehr deutlich die Angst der Buttererzeuger, daß die Butterverbraucher vom Butterverbrauch zum Verbrauch von Mischbutter abwandern werden. Das soll verhindert werden.

Gerade diese Bestimmung ist aber dazu angetan, das Publikum zu täuschen. Margarine, die mit Butter vermengt ist, muß doch irgendwie eine Bezeichnung erhalten, die auf den Inhalt Bezug nimmt. Ist es verboten, auf Butter usw. Bezug zu nehmen? Dann wird man irgendeine Phantasiebezeichnung hierfür erfinden. (Vielleicht nennt man sie Rahmargarine oder Notverordnungsbutter. Die Red.) Gerade das ist das Gefährliche. Das Publikum glaubt, in dieser Marke ist Butter enthalten. Der reelle Fabrikant wird diese Marke auch nur mit Butterbeimischung abgeben. Es gibt aber auch unredliche Geschäftsleute. Diesen wird ihr betrügerisches Handwerk durch dieses Verbot erleichtert. Umgekehrt müßte es sein. Der Käufer muß durch die Bezeichnung einer bestimmten Margarine die Garantie haben, daß sie Butter enthält. Sonst kann kein Geschäftsmann belangt werden.

Bereits vor Erlass der Notverordnung haben die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen auf unsere Anregung gegen den Erlass dieser Ermächtigungsverordnung Protest erhoben. Dieser felegraphische Protest wurde in einer mündlichen Unterredung, die unter Beisein eines Vertreters unseres Verbandes beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft am 3. Januar stattfand, eingehend begründet. Zunächst wurde geltend gemacht, daß die Verordnung vom 23. Dezember mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Es sei Sache der Parlamente, die von der Regierung gemachten Vorschläge zu prüfen und evtl. gesetzgeberisch zu verabschieden. Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich wiederholt bei Beratungen gegen einen Beimischungszwang ausgesprochen.

Die Frage sei deshalb so bedeutungsvoll, weil die Margarine, insbesondere die billigen Sorten, heute das ausschließliche Fett der Armen, besonders der Arbeitslosen, geworden sei. Angesichts des gesunkenen Einkommens, besonders der Kurzarbeiter und der niedrig entlohnten Angestellten und Beamten, sei die Margarine heute als Ersatz für Butter getreten. Die Gewerkschaftsvertreter forderten die Aufhebung der Notverordnung mit dem Ziel, einen Zwang zur Beimischung von Butter zur Margarine zu beseitigen.

Für die Öl- und Margarinearbeiter wurde durch einen Vertreter unseres Verbandes darauf hingewiesen, daß die Arbeiter beider Industriezweige schon bisher sehr stark unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden hatten. Zahlenmäßig wurde nachgewiesen, daß in der Margarineindustrie die Zahl der Beschäftigten in den letzten 10 Jahren um rund 55 Prozent gesunken ist. Ferner wurde darauf verwiesen, daß die Saatverarbeitung in der Blindstrie in den letzten Jahren schon stark zurückgegangen ist. In beiden Industriezweigen arbeiten gegenwärtig über 55 Prozent der Beschäftigten verkürzt. Zum Teil nur 30 bis 36 Stunden je Woche gearbeitet. Jede Einschränkung der Margarineerzeugung bringt sowohl in der Margarine- als auch in der Blindstrie weitere Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Werde die Blindstrie verpflichtet, die ausländische Saatverarbeitung einzuschränken, dann bedeute das Einschränkung der Produktion, da inländische Saaten, die verarbeitet werden könnten, so gut wie gar nicht vorhanden sind.

Der Minister konnte sich der Schilderung der Notlage, von der weisse Kreise der städtischen Bevölkerung betroffen sind, nicht verschließen. Eine Versteuerung, namentlich der billigen Margarineforten, würde zu einer weiteren Einschränkung des Konsums führen. Auf der anderen Seite sei die Lage der Landwirtschaft, besonders derjenigen Betriebe, die Veredelungsprodukte erzeugen, unhaltbar. Der Verbrauchsrückgang an Frischmilch habe gezeigte Anstiege der Margarineerzeugung zur Folge, die wiederum unverkäuflich bleibe. Die Regierung müsse Maßnahmen treffen, die der Landwirtschaft gesteigerten Absatz ermöglichen, ohne daß deshalb der Fettverbrauch zurückgehe.

Wir bleiben bei der Auffassung, daß mit derartigen Maßnahmen, wie sie die Ermächtigungsverordnung vorsieht, der Landwirtschaft nicht geholfen werden kann. In der letzten Nummer des „Proletariats“ haben wir das ausführlich dargelegt. Weil aber der Landwirtschaft auf diese Art nicht geholfen wird, die Konsumenten aber weiter belastet werden, und weil ein Rückgang oder eine Einschränkung bei der Produktion den Margarine- und Blararbeitern weitere Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bringt, deshalb müssen wir nochmals dringend vor Durchführung der geplanten Maßnahmen warnen.

E. Senkfeil.

Berichte aus den Zahlstellen.

Stralsund. Am Sonnabend, dem 17. Dezember 1932, feierte die Ortsgruppe Stralsund ihr Weihnachtsfest, welches durch die Ernung des ersten Jubilars der Zahlstelle, des Kollegen Friedrich Werner, dem Verbande ununterbrochen 25 Jahre angehört, besonders hervorgehoben zu werden verdient. Kollege Wiefenbutter von der Gauleitung Steffin widmete dem Kollegen ergriffene Worte. Er wies insbesondere auf die Mühe und Ausdauer hin, die dazu gehören, um in diesen Tagen auf eine so lange Mitgliedschaft zurückblicken zu können. Nicht zuletzt ist dieses auf das Verdienst und die Mitarbeit der Ehefrau des Kollegen Werner zurückzuführen. Im Auftrage des Hauptvorstandes überreichte er dem Jubilar ein Diplom mit dem Wunsch an die zahlreichen anwesenden Mitglieder, dem Kollegen Werner nachzueifern. Abschließend fand dann eine gemüthliche Abendunterhaltung statt.

Heinz Lemke.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3 a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Berlin: Fritz Lehmann, Mitgl.-Nr. E 861 632, und das bisherige Mitglied der Zahlstelle Rastenburg: Paul Wischniewsky, Mitgl.-Nr. 884 009.

Literarisches.

„Die Frau im Recht“. In der vollständig-rechtswissenschaftlichen Schriftenreihe des Verlages J. F. B. Dieß Nachfolger erschien nunmehr ein viertes Bändchen: „Die Frau im Recht“. Darin sind die mannigfaltigen Bestimmungen des privaten und öffentlichen Rechts, welche für die Frauen besondere Bedeutung haben, namentlich die Fragen des Ehe- und Scheidungsrechts, in klarer Weise erörtert. Dieses Bändchen ist die Frauen in den Stand, sich in den schwierigen, an sie als Ehefrau, Mutter und Erwerbstätige heran tretenden Aufgaben richtig zu verhalten und solche Schritte zu vermeiden. Der Preis des solbde in Leinen gebundenen Buches ist 2,50 Mk.

Marxiane Fleischbach: „Fleischlos ist nicht feiner“. 500. gefundene Kost im ganzen Jahr. Mit 50 Rezepten. Geleitet von Dr. med. Richard Müller. 80 Seiten. In bezug auf Marxiane Fleischbach, Leipzig-Mariental (Postfach Nr. 7355). Broschüre 1,35 RM., gebunden 1,80 RM. Die Schrift gibt Anleitung zu einer Ernährung, die gesund macht, die gesund erhält und dabei überaus billig ist. Gleichzeitig stellt sie eine fundierte wohlgeschmeckende und abwechslungsreiche Küche dar. Die Schrift ist zugleich Kampf gegen die Ernährungskrankheiten, wie Gicht, Verdauungs-, Magenleiden, Stoffwechselleiden und Verstopfung.

Karl Rosenfeld: „Sozialistische Erziehung als Forderung und Tat“. (Erziehung im Dieß-Verlag, Berlin, 24 Seiten, broschiert 15 Pf.)